

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

11

Eberhard Kolb

**Der schwierige Weg zum Frieden
Das Problem der Kriegsbeendigung
1870/71**

München 1985

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit

Knut Borchardt, Herbert Franke, Lothar Gall, Alfred Herrhausen, Karl Leyser,
Heinrich Lutz, Christian Meier, Horst Niemeyer, Karl Stackmann und
Rudolf Vierhaus

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:

Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich Forschungsstipendien und alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Eberhard Kolb (Köln) war – zusammen mit Professor Dr. Helmut Georg Koenigsberger (London) und Professor Dr. Winfried Schulze (Bochum) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1984/85. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Eberhard Kolb aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Der schwierige Weg zum Frieden. Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71“ am 14. Januar 1985 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 241, Heft 1, 1985, S. 51–79) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre getragen und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft treuhänderisch verwaltet.

ALS im Jahr 1896 ein Krieg zwischen Griechenland und der Türkei ausbrach, wurde der russische Schriftsteller Anton Tschechow gefragt, wie dieser Krieg seiner Meinung nach enden werde. Tschechow überlegte einige Momente und antwortete dann: „Vermutlich mit einem Friedensschluß.“¹⁾ Statt – wie es nahelag und erwartet wurde – sich darüber zu äußern, wer wohl diesen Krieg gewinnen werde, gab Tschechow eine paradox anmutende Antwort. Daß ein Krieg mit einem Friedensschluß ende, galt am Ende des 19. Jahrhunderts als schlechthin selbstverständlich. Diesen banal erscheinenden Sachverhalt ausdrücklich zu artikulieren und ihn im gleichen Atemzug in seiner Selbstverständlichkeit vorsichtig in Frage zu stellen, das mochte damals als geistreiches *Aperçu* gemeint sein und als solches verstanden werden. Und doch hat Tschechow – hellsehtig oder unbeabsichtigt – schon um die Jahrhundertwende mit seinem skeptischen „vermutlich“ eben jene Entwicklung antizipiert, die dann im 20. Jahrhundert nur allzu rasch zum Durchbruch kommen sollte. Im Laufe unseres Jahrhunderts wurde der Friedensschluß zunächst zur „verlorenen Kunst“²⁾ und schließlich zum nicht mehr stattfindenden Ereignis.

¹⁾ Zitiert bei *Paul Andreas Hausmann*, Friedenspräliminarien in der Völkerrechtsgeschichte, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 25, 1965, 657–692, hier 657.

²⁾ *Hans von Hentig*, *Der Friedensschluß. Geist und Technik einer verlorenen Kunst*. Stuttgart 1952.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die Siegermächte noch Friedensverträge mit den Kriegsalliierten Deutschlands abgeschlossen, ein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Mächten der Anti-Hitler-Koalition kam hingegen nicht zustande.³⁾ Für den Zeitraum von 1945 bis 1970 hat der amerikanische Politikwissenschaftler Quincy Wright, Verfasser des Standardwerks „A Study of War“⁴⁾, 34 größere bewaffnete Konflikte registriert, die nach seiner Auffassung „Kriege“ genannt werden können. Einen förmlichen Friedensvertrag gab es bei keinem einzigen dieser 34 Kriege; einige wurden beendet auf Zeit durch Waffenstillstand oder Feuereinstellung, andere etwas dauerhafter durch Anerkennung der Unabhängigkeit oder politische Veränderungen.⁵⁾ Zwar lassen sich auch aus dem 18. und 19. Jahrhundert einige wenige Fälle anführen, in denen der Kriegszustand ohne Abschluß eines Friedensvertrags beendet wurde.⁶⁾ Dies waren indessen eindeutige Ausnahmen von einer allgemein akzeptierten Regel: Im Völkerrecht bedeutet der Abschluß eines Friedensvertrags „die normale Art, den Frieden wiederherzustellen“.⁷⁾ Seit einigen Jahrzehnten besteht jedoch durchaus Grund zu der Annahme, daß der Friedensschluß in seiner den Völkerrechtlern und Historikern vertrauten klassischen Gestalt – nämlich einem durch bevollmächtigte Vertreter der am Krieg beteiligten Staaten ausgehandelten und dann ratifizierten Friedensvertrag – der Vergangenheit angehört.

Eine derart markante, ja dramatisch zu nennende Formveränderung der Prozeduren und Probleme bei Kriegsbeendigung und

³⁾ Zu Form und Zeitpunkt der Beendigung des Kriegszustands der einzelnen Mächte mit „Deutschland“ s. vor allem *Hermann Mosler/Karl Doehring*, Die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Köln/Berlin 1963.

⁴⁾ *Quincy Wright*, A Study of War. Chicago 1942, 2. Aufl. 1965, 3. Aufl. 1975; vgl. *ders.*, The Causes of War and the Conditions of Peace. London 1935. Zu den Theorien über das „Wesen“ des Krieges vgl. jetzt *Julian Lider*, Der Krieg. Deutungen und Doktrinen in Ost und West. Frankfurt am Main/New York 1983.

⁵⁾ *Quincy Wright*, How Hostilities Have Ended: Peace Treaties and Alternatives, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 392, 1970, 51–61, hier 51, 59 f.

⁶⁾ Vgl. *Hausmann*, Friedenspräliminarien (wie Anm. 1), 657 f.; *Strupp-Schlochauer*, Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. I, 590 f. (Scheuner), Bd. II, 335 (Mosler).

⁷⁾ *Ulrich Scheuner*, in: ebd. Bd. I, 590.

Friedensschluß müßte, so sollte man meinen, Politikwissenschaftler, Völkerrechtler und Historiker gleichermaßen dazu animieren, sich in Fallstudien, aber auch in vergleichenden oder in stärker theoretisch ausgerichteten Untersuchungen intensiv mit der Frage zu beschäftigen, wie man aus einem Krieg herauskommt und wie man aus früheren Kriegen herauskam. Das ist erstaunlicherweise aber keineswegs der Fall. Sowohl die Technik des Friedensschließens in ihren allgemeineren Aspekten als auch die Methoden und Probleme der Kriegsbeendigung im 19. und 20. Jahrhundert haben in der Forschung nicht die ihrem Gewicht und ihrer Bedeutung entsprechende Beachtung gefunden. Die Literatur, die sich mit Kriegsursachen und Kriegsausbruch befaßt, ist sehr viel umfänglicher als diejenige, die den Weg aus dem Krieg thematisiert, und zwar hinsichtlich der Behandlung von Einzelfällen ebenso wie hinsichtlich generalisierender Analysen. Als amerikanische Forscher in den 60er Jahren aus aktuellem Anlaß – nämlich angesichts des nicht enden wollenden Vietnam-Kriegs – sich dafür zu interessieren begannen, „wie Kriege beendet werden“⁸⁾, stellten sie zu ihrer eigenen Überraschung fest, die auf dem Feld der internationalen Beziehungen arbeitenden Wissenschaftler hätten sich sehr viel eingehender damit beschäftigt, wie der Friede verloren gehe, als damit, wie er wiedergewonnen werden könne⁹⁾; der vielleicht am wenigsten verstandene und sicherlich am wenigsten untersuchte Aspekt der Kriege sei der, wie sie enden¹⁰⁾. Diese Feststellungen beziehen sich primär auf die politikwissenschaftliche Forschung, sie lassen sich aber durchaus ausdehnen auf die Behandlung der Kriegsbeendigungsproblematik in der historischen Forschung. Dies ist in der Tat ein stark vernachlässigtes Forschungsfeld.¹¹⁾

In Reaktion auf die Herausforderung des Vietnam-Kriegs haben vor allem amerikanische Forscher in den 60er und 70er Jahren

⁸⁾ Titel des November-Hefts 1970 von: *The Annals* (wie Anm. 5).

⁹⁾ *William T. R. Fox*, *The Causes of Peace and Conditions of War*, in: *The Annals* (wie Anm. 5), 1–13, hier 2.

¹⁰⁾ *Stuart Albert/Edward C. Luck* (Eds.), *On the Ending of Wars*. Port Washington/London 1980, 3.

¹¹⁾ Vgl. *Fred Charles Iklé*, *Every War Must End*. New York/London 1971, V: „If historians have less to offer on the termination of wars than on the initiation of hostilities or on the conduct of military campaigns, contemporary strategists and statesmen will be less stimulated to anticipate and cope realistically with the problem of bringing wars to an end. Historical examples are needed to flesh out the abstract reasoning of strategic analysis.“

eine ganze Reihe von Studien zum Thema Kriegsbeendigung publiziert.¹²⁾ Unter weitgehendem Verzicht auf die historische Tiefendimension werden in diesen Studien aber vorwiegend die Kriege der Jahrzehnte seit 1945 analysiert. Demgegenüber gilt meine Fallstudie der Friedensanbahnung im deutsch-französischen Krieg von 1870, einem Krieg des 19. Jahrhunderts also.

Es mag überraschen, wenn in den Mittelpunkt von Darlegungen über den deutsch-französischen Krieg 1870/71 ausgerechnet das Problem der Kriegsbeendigung gerückt wird. Denn besonders problembehaftet erscheint der Weg aus dem Krieg von 1870 keineswegs – wenigstens nicht bei oberflächlicher Betrachtung. Eine solche Betrachtung wird auf folgende Sachverhalte abheben. Nachdem Mitte Juli 1870 der bewaffnete Konflikt ausgebrochen war, gelang es zunächst, ihn auf einen Zweikampf zwischen Frankreich und den deutschen Staaten zu begrenzen. Als dann der militärische Sieg der deutschen Armeen eindeutig feststand, durchlief der Prozeß des Friedensschließens jene drei Stufen, die im 19. Jahrhundert das „Normalmodell“ der Beendigung eines Krieges konstituieren: Waffenstillstand, Präliminarfrieden, Definitivfrieden.¹³⁾ Am 28. Januar 1871 wurde – in Verbindung mit der Kapitulation der belagerten französischen Hauptstadt – ein Waffenstillstand von 21tägiger Dauer abgeschlossen, der dann noch mehrere Male um jeweils einige Tage verlängert wurde. Vom 21. bis 26. Februar fanden in Versailles die Verhandlungen über die Friedenspräliminarien statt. Die wichtigsten Bestimmungen des am 26. Februar unterzeichneten und

¹²⁾ Die wichtigsten seien hier angeführt: *Herman Kahn/William Pfaff/Edmund Stillman*, War Termination, Issues and Concepts. New York 1968; *Berenice A. Carroll*, How Wars End: An Analysis of Some Current Hypotheses, in: *Journal of Peace Research* 4, 1969, 295–321; How Wars Are Ended = The Annals (wie Anm. 5); *Iklé*, Every War (wie Anm. 11); *Robert F. Randle*, The Origins of Peace. A Study of Peacemaking and the Structure of Peace Settlements. New York/London 1973; *Janice G. Stein*, War Termination and Conflict Reduction or How Wars Should End, in: *Jerusalem Journal of International Relations* 1, 1975/76, No. 1, 1–27; *Michael Handel*, The Study of War Termination, in: *Journal of Strategic Studies* 1, 1978, 51–75; *Albert/Luck* (Eds.), Ending of Wars (wie Anm. 10); neuerdings: *Gordon A. Craig/Alexander L. George*, Force and Statecraft. New York/Oxford 1983 (dt.: Zwischen Krieg und Frieden. München 1984).

¹³⁾ Nach wie vor mit Gewinn zu benutzen als Überblick über die Formen der Kriegsbeendigung und die wichtigsten Bestimmungen der Friedensverträge im 18. und 19. Jahrhundert *Coleman Phillipson*, Termination of War and Treaties of Peace. London 1916, hier bes. 94 ff.

am 1. März von der französischen Nationalversammlung ratifizierten Präliminarfriedens betrafen die Territorialfrage und die Kriegsentschädigung: Frankreich trat das Elsaß (ohne Belfort) und einen Teil Lothringens (mit Metz) an das Deutsche Reich ab und verpflichtete sich, eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Francs zu zahlen. Die Festlegung genauer Zahlungstermine und -modalitäten, die Abgrenzung eines Rayons um die bei Frankreich verbleibende Festung Belfort sowie die Regelung zahlreicher Einzelfragen blieb den Verhandlungen über einen Definitivfrieden vorbehalten, die nach der Ratifikation des Vorfriedens in Brüssel begannen. Die Brüsseler Verhandlungen, die in zeitlicher Parallelität zum Pariser Kommune-Aufstand vor sich gingen, verliefen außerordentlich schleppend. Aber bei einer persönlichen Begegnung zwischen Bismarck und dem französischen Außenminister in Frankfurt wurde dann binnen weniger Tage der Definitivfrieden ausgehandelt und am 10. Mai unterzeichnet. Am 20. Mai erfolgte in Frankfurt der Austausch der Ratifikationsurkunden. Es war somit nicht einmal ein volles Jahr vergangen zwischen dem Beginn des bewaffneten Konflikts und dessen Beendigung durch einen Definitivfrieden entsprechend den damals maßgebenden Normen des Völkerrechts.

Was Dauer des Krieges und Prozedur des Friedensschließens angeht, scheint sich der deutsch-französische Krieg also bruchlos einzufügen in die Reihe der ihm vorausgehenden und der ihm folgenden europäischen Kriege in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Krimkrieg, Krieg von 1859, Kriege von 1864 und 1866, russisch-türkischer Krieg von 1876–78, griechisch-türkischer Krieg 1896/97). Ohne Zweifel war eine derartige Optik auch für die große Mehrheit der Zeitgenossen selbstverständlich.

Die eigentliche Dimension von Friedensanbahnung und Friedensschließen 1870/71 gerät indessen bei einer ganz auf den schließlichen Ausgang der deutsch-französischen Auseinandersetzung fixierten Perspektive überhaupt nicht in den Blick. Der Weg, der in dieses Ergebnis eines dem „Normalmodell“ entsprechenden Friedensschlusses ausmündete, war nämlich lang und schwierig, er war viel verschlungener und wesentlich stärker mit Unsicherheitsfaktoren belastet, als den meisten Zeitgenossen zum Bewußtsein kam. Von den anderen europäischen Kriegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterscheidet sich der Krieg von 1870 in signifikanter Weise. Vor allem drei Aspekte sind zu nennen.

Erstens: Was Waffentechnik und Kriegsbild anbetrifft, war der

Krieg von 1870 ein Krieg mit zwei Gesichtern – das eine schaute in die Zukunft, das andere blickte zurück in die Vergangenheit. Noch spielten Kavallerieattacken und Angriffe mit gefälltem Bajonett eine bedeutende Rolle, aber entscheidend war bereits die gesteigerte Kraft der Feuerwaffen. Die moderne Materialschlacht zog am Horizont herauf. In seiner Anfangsphase wurde der Krieg – trotz der nationalistischen Emotionen auf beiden Seiten – noch weitgehend in den traditionellen Formen ausgetragen, insofern die bewaffnete Auseinandersetzung auf die kämpfenden Armeen beschränkt blieb und bei der Behandlung der Zivilbevölkerung eine gröbliche Verletzung der damals geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen nur in wenigen Ausnahmefällen vorkam. Im Verlauf der Auseinandersetzung entwickelte sich aber – mit der von französischer Seite versuchten und teilweise erfolgreichen Massenmobilisierung im Rahmen einer „guerre à outrance“ und den dadurch ausgelösten deutschen Gegenmaßnahmen – eine Tendenz zur Totalisierung des Krieges, wie sie bei den vorausgehenden und selbst bei den nachfolgenden europäischen Kriegen der zweiten Jahrhunderthälfte nicht begegnet (vom amerikanischen Sezessionskrieg sei hier abgesehen). Es zeigte sich, daß nicht eine Armee, sondern das Land besiegt werden mußte. Im I. Weltkrieg sollte diese Totalisierung dann zur prägenden Signatur des modernen Krieges werden.

Zweitens: Bereits wenige Wochen nach Kriegsbeginn fand in Frankreich ein Staatsumsturz statt. Die gänzlich unerwarteten französischen Niederlagen in den ersten Schlachten hatten bereits in den Augustwochen die bestehende politische Ordnung schwer erschüttert. Vom 7. bis 9. August kam es in Paris zu Unruhen, am 9. August wurde – nach einem Mißtrauensvotum der Kammer – die amtierende Regierung durch ein neues Kabinett abgelöst, das in einer energischen Kraftanstrengung das Schicksal wenden sollte. Aber als dann in Paris die Nachricht von Sedan eintraf – Kapitulation einer der beiden französischen Hauptarmeen, Gefangenschaft Napoleons III. – war das Zweite Kaiserreich am Ende. In einer unblutig verlaufenden Massendemonstration stürzte die Pariser Bevölkerung am 4. September die Regierung und jagte das Parlament auseinander. Kaiserin Eugenie, die als Regentin die Funktion des Staatsoberhauptes wahrnahm, konnte im letzten Augenblick, unmittelbar vor dem Eindringen eines Volkshaufens in den Tuilerien-Palast, die Flucht ergreifen; heimlich verließ sie Paris und begab sich nach England ins Exil. Die Macht übernahm in Paris noch am

4. September eine aus Mitgliedern der bisherigen republikanischen Kammeropposition improvisierte „Regierung der Nationalen Verteidigung“ (*Gouvernement de la Défense Nationale*), der auch der – noch von Kaiser Napoleon ernannte – *Gouverneur* von Paris, General Trochu, beitrug. Diese Regierung der Nationalen Verteidigung vermochte sich binnen weniger Tage in allen Landesteilen, die nicht von deutschen Truppen okkupiert waren, Autorität zu verschaffen und als neue De-facto-Regierung Frankreichs durchzusetzen, obwohl die Bevölkerung Frankreichs vorläufig keine Möglichkeit hatte, in einer Abstimmung oder Wahl zu der Etablierung des neuen Regimes Stellung zu nehmen. Auch von den neutralen Mächten wurde das *Gouvernement de la Défense Nationale* als De-facto-Regierung Frankreichs anerkannt; die Frage einer völkerrechtlichen De-iure-Anerkennung blieb hingegen in der Schwebe. Ein kompletter Regimewechsel – nicht ein schlichter Regierungswechsel – mitten im Krieg und während des Vormarsches der gegnerischen Armeen auf die Hauptstadt: das war ein Vorgang, den es in der neueren europäischen Geschichte in dieser Form bis dahin nicht gegeben hatte und der dann – in etwas anderer, aber immerhin vergleichbarer Gestalt – erst wieder am Ende des 1. Weltkriegs zu verzeichnen ist. Für den Prozeß des Friedensschließens ergaben sich aus dem Staatsumsturz in Frankreich erhebliche Komplikationen, die sich nicht durch einfachen Rückgriff auf eingespielte Verhaltensmuster meistern ließen. Seit Anfang September stellte sich für Bismarck nämlich die Frage, wie und mit wem über den Abschluß eines Friedens verhandelt werden sollte und verhandelt werden konnte, eines Friedens, der einerseits auf der Basis der deutschen Bedingungen beruhte, bei dem andererseits einigermaßen sicher garantiert war, daß er nicht nur von einem französischen *Gouvernement* unterzeichnet, sondern auch von der französischen Nation akzeptiert und ratifiziert werden würde. Diesem Schlüsselproblem der Kriegsbeendigung 1870/71 soll in den weiteren Darlegungen die Hauptaufmerksamkeit gelten.

Drittens: Auch nach der Ratifizierung der Präliminarien am 1. März 1871 war noch eine schwierige Wegstrecke zurückzulegen. Es blieb zunächst durchaus fraglich, wie rasch und mit welchem Ergebnis der Definitivfrieden abgeschlossen würde. Die französische Regierung hatte sich vorgenommen, die Bedingungen des Präliminarfriedens im Definitivfrieden soweit wie irgend möglich zugunsten Frankreichs zu revidieren, und unternahm große Anstrengun-

gen, den Beistand der Mächte für ihre Marschroute zu mobilisieren, um dadurch auf die deutsche Seite einen gewissen Druck ausüben zu können. Die französischen Friedensunterhändler in Brüssel taktierten geschickt, auch hinhaltend, als der am 18. März 1871 ausgebrochene Kommune-Aufstand die französische Verhandlungsposition allmählich zu schwächen begann. Es war nicht zuletzt die schwere innere Bedrängnis durch den „Bürgerkrieg in Frankreich“, welche die französische Regierung schließlich veranlaßte, ihr Konzept einer harten Verhandlungslinie aufzugeben und gegenüber den deutschen Forderungen nach rascher, in den wesentlichen Punkten unverkürzter Transformierung der Präliminarien in einen definitiven Friedensvertrag einzulenken. Der Definitivfrieden kam dadurch schneller zustande, als es zeitweilig den Anschein hatte. Über diesem Endresultat sollte jedoch nicht übersehen werden, daß der Friedensschluß geraume Zeit wesentlich stärker gefährdet war, als es die öffentliche Meinung in Deutschland, aber auch in den neutralen Staaten, wahrhaben wollte.

Dies alles zusammengekommen, wird man feststellen dürfen, daß 1870/71 bereits einige neuartige und bis dahin unbekannte Probleme der Kriegsbeendigung und des Friedensschließens auftauchen, die dann im 20. Jahrhundert sehr viel schärfere Konturen gewonnen und wesentlich größere Dimensionen angenommen haben. Es ist wie ein kurzes Wetterleuchten, das allerdings von den meisten Zeitgenossen in seiner Signifikanz kaum registriert wurde und bei denen, die es wahrnahmen, rasch in Vergessenheit geriet.

Der von mir nun schon mehrfach gebrauchte Begriff „Kriegsbeendigung“, den ich hier für eine Analyse der Friedensanbahnung im Krieg von 1870/71 zu operationalisieren versuche, gehört nicht zum Standardvokabular der Geschichtswissenschaft.¹⁴⁾ Dies ermöglicht es dem Historiker, den Begriff so zu akzentuieren, daß er nicht

¹⁴⁾ Die großen deutschen Enzyklopädien (Brockhaus, Meyer) kennen diesen Begriff ebenso wenig wie etwa das „Staatslexikon“ oder das „Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte“ von Rößler-Franz. In der völkerrechtlichen Literatur wird das Wort „Kriegsbeendigung“ gelegentlich benutzt, und zwar durchweg als Synonym für den gebräuchlicheren Ausdruck „Beendigung des Kriegszustandes“, d.h. als terminus technicus für einen bestimmten Akt, der – in der Regel – zeitlich genau festgelegt werden kann und schon im Hinblick auf die von diesem Akt ausgehenden erheblichen Rechtsfolgen nach Möglichkeit präzise fixiert werden muß (vgl. z. B. *Strupp-Schlochauer*, Wörterbuch des Völkerrechts (wie Anm. 6), Bd. I, 590 ff.; Bd. II, 333 ff.; *Hausmann*, Friedenspräliminarien (wie Anm. 1), 674).

einen bestimmten *Akt* bezeichnet (nämlich die Beendigung des Kriegszustandes), sondern einen sich über einen längeren Zeitraum hinziehenden *Prozeß*. In dieser Akzentuierung erfaßt der Begriff somit das gesamte Spektrum vielfältiger, teils offizieller, teils inoffizieller Kontaktaufnahmen, Initiativen, Sondierungen, die häufig ergebnislos bleiben, die sich aber schließlich zu einer Friedensanbahnung verdichten können und in die Vorbereitung von Friedensverhandlungen ausmünden.¹⁵⁾ Der Kriegsbeendigungsprozeß setzt in dem Moment ein, in dem zumindest *eine* der am bewaffneten Konflikt beteiligten Mächte den Zeitpunkt für gekommen erachtet, erste Anläufe zur Wiederherstellung des Friedens zu unternehmen.

Geht man von dieser – doch wohl akzeptablen – Prämisse aus, dann läßt sich eine eindeutige Aussage machen, wann der Kriegsbeendigungsprozeß im deutsch-französischen Krieg begonnen hat. Seit Anfang September 1870 besaß für Bismarck die Wiederherstellung des Friedens oberste Priorität. Bismarcks Entschluß, die Kriegsbeendigung jetzt auf die Tagesordnung zu setzen, resultierte aus der Bündelung mehrerer Motivstränge.

Zum einen war ihm der Gedanke, den Krieg gegen Frankreich bis zu einem völligen Knockout zu führen und die Großmachtstellung Frankreichs zu zerstören, innerlich absolut fremd – ganz abgesehen davon, daß die neutralen Staaten eine solche Ausschaltung Frankreichs aus dem Konzert der großen Mächte nicht hingenommen hätten; eine Weiterführung des Krieges unter einer derartigen Zielperspektive lag also außerhalb des Bereichs der Erwägungen Bismarcks.

Zum anderen waren es die Unwägbarkeiten der internationalen Situation, die Bismarck eine rasche Beendigung des Krieges als höchst wünschenswert erscheinen ließen. Zwar war die Lokalisierung des Krieges gelungen, und es stand seit Sedan kaum mehr zu befürchten, daß eine der neutralen Mächte eine bewaffnete Intervention zugunsten Frankreichs riskieren würde. Unklar blieb hingegen, ob bei längerer Dauer des Krieges die neutralen Staaten nicht diplomatisch – und vielleicht sogar kollektiv – zugunsten Frank-

¹⁵⁾ In diesem Sinn – aber ohne explizite Begriffserörterung – benutzt den Terminus „Kriegsbeendigung“ einige Male auch *Winfried Baumgart*, *Der Friede von Paris 1856*. München/Wien 1972, 55ff. (dort 134 der Begriff „Kriegsbeendigungsstufen“). Der in der englischsprachigen Literatur gängige Begriff „Termination of War“ meint ebenfalls eher die Kriegsbeendigung als Prozeß denn die Beendigung des Kriegszustands.

reichs intervenieren oder eine Mitsprache beim Friedensschluß beanspruchen würden, schon deshalb, um bei dieser Gelegenheit eigene Interessen und Forderungen zur Geltung bringen zu können. Hier lag eine Hauptsorge Bismarcks. Nach seiner Auffassung war der sicherste Weg, derartigen Eventualitäten zu begegnen, die möglichst rasche Beendigung des Krieges durch Abschluß eines Friedens mit Frankreich auf bilateraler Basis.

Und schließlich noch ein weiteres Moment. Wenn Bismarck seit Anfang September auf eine rasche Wiederherstellung des Friedens hinarbeiten begann, so war sein Ziel freilich nicht eine Kriegsbeendigung um jeden Preis. Der angestrebte Friedensschluß mußte nach seiner – und nicht nur seiner – Auffassung den deutschen Kriegszielforderungen Rechnung tragen. Welches diese Forderungen waren, darüber konnte es im September bereits keinen Zweifel mehr geben: neben der Zahlung einer hohen Kriegsentschädigung wurde von Frankreich eine Gebietsabtretung verlangt; das Elsaß und – wenn irgend durchsetzbar – ein Teil Lothringens mit Metz sollte von Frankreich an die deutschen Staaten (das Deutsche Reich befand sich zu diesem Zeitpunkt ja noch in statu nascendi) abgetreten werden. Über dieses Friedensprogramm gab es in Deutschland seit Ende August/Anfang September praktisch keinen Dissens, insofern war es unter den gegebenen Umständen – zumindest in seiner Substanz – nicht verhandelbar. Ob die Franzosen jedoch zur Kriegsbeendigung um den Preis einer Gebietsabtretung bereit sein würden, mußte höchst zweifelhaft sein. Immerhin konnte eine solche Möglichkeit in der unübersichtlichen Konstellation der Septembertage – nach dem Schock der schweren militärischen Niederlagen, nach der Ausschaltung eines großen Teils der französischen Streitkräfte und angesichts einer gravierenden inneren Konfliktsituation in Frankreich – nicht a priori ausgeschlossen werden. Sofern eine Chance bestand, auf der Basis der deutschen Minimalbedingungen zu einem Abschluß mit Frankreich zu gelangen, war Bismarck entschlossen, diese zu nutzen, denn eine Fortsetzung des Krieges – mit weiteren schweren Opfern – brachte dann Deutschland keine zusätzlichen Vorteile. Damit sind die wesentlichen Motive knapp charakterisiert, die Bismarck veranlaßten, nach der Schlacht von Sedan eine möglichst rasche Beendigung des Krieges anzuvistieren.

Die eben angesprochene deutsche Kriegszielforderung einer Annexion von Elsaß und Lothringen bildet ohne Zweifel das bis

heute am meisten umstrittene Problem des Krieges von 1870. Hier ist nicht der Ort, die Genesis und Problematik der deutschen Annexionsforderung eingehender zu erörtern und die schwerwiegenden Folgen ihrer Durchsetzung zu diskutieren. Im Zusammenhang unserer Fragestellung muß jedoch ein wichtiger Sachverhalt hervorgehoben werden. Durch neuere Forschungen ist erwiesen, daß sich in Deutschland bereits während der Augustwochen – nach den ersten, in dieser Eindeutigkeit überraschenden deutschen Siegen – mit eruptiver Spontaneität ein weitgehender Konsens in der Kriegszielfrage etablierte.¹⁶⁾ In genauer zeitlicher Parallelität zur Profilierung der öffentlichen Meinung in der Kriegszielfrage reifte im deutschen Hauptquartier der Entschluß, die Forderung nach einer Gebietsabtretung zum zentralen deutschen Friedensziel zu erheben, wobei strategische Erwägungen wohl nicht nur das entscheidende Argument, sondern auch das eigentliche Motiv bildeten.¹⁷⁾ Als die Frie-

¹⁶⁾ Zu dieser Feststellung lassen sich die Befunde zusammenfassen, die im Verlauf einer lebhaften wissenschaftlichen Auseinandersetzung während der 1960er Jahre zutage gefördert wurden. Ausgelöst wurde die Diskussion über Entstehung und Ausbreitung der deutschen Annexionsforderung durch *Walter Lippens*, der die Ansicht vertrat, die Forderung nach einer Annexion des Elsaß und evtl. Lothringens sei von Bismarck aufgebracht und durch eine geschickt angelegte Pressekampagne in die deutsche Öffentlichkeit lanciert worden (Bismarck, die öffentliche Meinung und die Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 199, 1964, 31–112). Diese Thesen gaben Anlaß zu einer genaueren Musterung der deutschen Presse und sonstiger Meinungsäußerungen im Juli/August 1870, wobei festgestellt werden konnte, daß sich die Forderung nach (Wieder-)Erwerb des Elsaß als „Siegespreis“ im Lauf des August quer durch die politischen Lager entwickelte und mit großer Vehemenz durchsetzte; eine von Bismarck inszenierte Pressekampagne ließ sich hingegen nicht nachweisen. Siehe dazu: *Lothar Gall*, Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, in: HZ 206, 1968, 265–326; *Rudolf Buchner*, Die deutsche patriotische Dichtung vom Kriegsbeginn 1870 über Frankreich und die elsässische Frage, in: HZ 206, 1968, 327–336; *Josef Becker*, Baden, Bismarck und die Annexion von Elsaß und Lothringen, in: ZGO 115, 1967, 167–204 (erweiterte Fassung in: *Oberrheinische Studien II*. Karlsruhe 1973, 133–173); *Otto Stoeckicht*, Bismarck und das Elsaß, in: *Studien der Erwin von Steinbach-Stiftung* 2, 1968, 59–132; *Eberhard Kolb*, Bismarck und das Aufkommen der Annexionsforderung 1870, in: HZ 209, 1969, 318–356. Vgl. ferner das bei *Fritz Bronner*, 1870/71. Elsaß-Lothringen. Frankfurt am Main 1970, ausgebreitete Material. Zusammenfassend *Lothar Gall*, Das Problem Elsaß-Lothringen, in: *Theodor Schieder/Ernst Deuerlein* (Hrsg.), *Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen*. Stuttgart 1970, 366–385.

¹⁷⁾ Siehe dazu *Eberhard Kolb*, Der Kriegsrat zu Herny am 14. August 1870, in: *MGM* 1/1971, 5–13.

densfrage akut wurde, existierte also auf deutscher Seite bereits ein klar definiertes Friedensprogramm, über das sich Staatsführung, öffentliche Meinung und die wichtigsten politischen Kräfte einig waren – eine völlig andere Konfiguration als im I. Weltkrieg, wo die Kriegszielfrage die politischen Lager nicht einte, sondern trennte. Jenseits des rationalen politischen Kalküls über mögliche zukünftige Folgen einer Annexion von Elsaß und Lothringen, jenseits auch aller Erwägungen über die moralische Zulässigkeit eines Gebietserwerbs ohne Befragung oder wider den Willen der betroffenen Bevölkerung hatte Ende August/Anfang September die Durchsetzung bzw. die Verweigerung einer Gebietsabtretung bereits den Charakter eines Symbolwerts erhalten, eines Kriteriums, an dem gemessen wurde, wer in diesem Krieg Sieger und wer Besiegter war. Nach Sedan hätte – im Horizont der politischen Vorstellungen und Erfahrungen des 19. Jahrhunderts – ein Friede auf der Basis des territorialen Status quo tatsächlich einen eindrucksvollen Erfolg Frankreichs bedeutet: Wenn es Frankreich gelang, anders als Rußland 1856, anders als Österreich 1859 und 1866, nach schweren militärischen Niederlagen ohne Gebietsverlust aus dem Krieg herauszukommen, konnte dieses Faktum als evidente Bestätigung der Einzigartigkeit der französischen Nation und ihrer Stellung in Europa aufgefaßt werden. Deshalb setzte die französische Seite der deutschen Forderung nach einer Gebietsabtretung nicht etwa das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der von der Annexion betroffenen Bevölkerung entgegen – wie häufig angenommen wird –, sondern das Prinzip der unverletzlichen Integrität des französischen Territoriums. So ging der Krieg, „der ganz und gar nicht um diesen Punkt begonnen hat“¹⁸⁾, jetzt nur noch um ihn. Wenn es zutrifft, daß der Schlüssel zum Friedensschließen einfach in der Anerkennung der Niederlage seitens des Besiegten liegt, wie ein amerikanischer Politikwissenschaftler postuliert¹⁹⁾, dann darf man in zugespitzter Formulierung

¹⁸⁾ *Rudolf Buchner*, Die elsässische Frage im 19. Jahrhundert, in: *Ein Leben aus freier Mitte* (Festschrift für U. Noack). Göttingen 1961, 57–109, hier 89. So kontrovers verschiedene Aspekte der Vorgeschichte des Krieges von 1870 und der politischen Eskalation während der Julikrise diskutiert werden, daß auf seiten der preußischen Führung die Absicht einer Annexion des Elsaß bestanden habe und diese Absicht ihr Vorgehen in der Julikrise beeinflusste, ist bisher noch nicht behauptet worden.

¹⁹⁾ *Berenice A. Carroll*, Victory and Defeat, in: *Albert/Luck* (Eds.), *Ending of Wars* (wie Anm. 10), 47–71, hier 51, mit Verweis auf *H. A. Calahan*, *What Makes a War End?* New York 1944.

behaupten: Was die Deutschen, wenn sie als Sieger gelten wollten, von den Franzosen erzwingen mußten, war deren klares Eingeständnis, besiegt zu sein und dem Sieger nicht die Bedingungen von Waffenstillstand und Frieden diktieren zu können.

Die Entschiedenheit des französischen Widerstandswillens gegen ein derartiges Eingeständnis ließ sich Anfang September noch nicht mit letzter Sicherheit diagnostizieren. Bismarck jedenfalls war *nicht* der Meinung, Bemühungen um die Anbahnung eines Friedens auf der Basis der deutschen Vorstellungen seien von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Deshalb schaltete er sich in die Kapitulationsverhandlungen von Sedan ein.²⁰⁾ In der nächtlichen Konferenz zur Feststellung der Kapitulationsbedingungen und dann am folgenden Tag bei der berühmten Begegnung mit Napoleon III. auf der Straße von Sedan nach Donchery suchte Bismarck zu testen, ob auf französischer Seite eine Bereitschaft bestand, die Kapitulationsverhandlungen zu politischen Verhandlungen zu erweitern, und er deutete dabei vorsichtig an, daß in diesem Fall vielleicht günstigere Bedingungen für die militärische Kapitulation gewährt werden könnten. Zur großen Erleichterung Moltkes gingen jedoch weder die französischen Generäle noch Napoleon auf diese Avancen ein. Napoleon, der Gefangene von Sedan, verwies Bismarck für politische Verhandlungen an die Regentschaft in Paris. Doch die Regentin, Kaiserin Eugenie, befand sich schon wenige Tage später im englischen Exil. Was nun?

Soviel war klar: Infolge der Pariser Ereignisse wurde es sehr viel schwieriger, den Krieg schnell zu beenden durch den Abschluß eines Friedens auf der Grundlage der deutscherseits als unerläßlich betrachteten territorialen Forderungen. Denn gab es jetzt überhaupt noch eine französische Regierung, die zur Führung von Verhandlungen und zum Abschluß eines Friedens bereit *und* legitimiert war, die außerdem die Macht und den Willen besaß, die stipulierten Bedingungen auch durchzuführen? Das zentrale Problem, dem sich Bismarck von nun an gegenüber sah, lautete: *Mit wem* waren Verhandlungen über die Herbeiführung des Friedens möglich, politisch zweckmäßig und erfolgversprechend?

Auf die Nachrichten vom Sturz des Kaiserreichs und der Einsetzung einer provisorischen Regierung Trochu-Favre reagierte Bis-

²⁰⁾ Für das Folgende *Eberhard Kolb*, Kriegführung und Politik 1870/71, in: Schieder/Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung (wie Anm. 16), 95–118, hier 100 ff.

marck zunächst mit der öffentlichen Verlautbarung, die deutschen Regierungen könnten „bis auf weiteres“ nur die kaiserliche Regierung als eine zu internationalen Verhandlungen berechnete ansehen.²¹⁾ „Bis auf weiteres“ – diese vorsichtige Einschränkung ließ immerhin manches offen. Und als sich nach einigen Tagen herauskristallisierte, daß die provisorische Regierung Herr der Lage in allen nicht von deutschen Truppen okkupierten Departements war, modifizierte Bismarck seine erste Stellungnahme und bezog eine elastischere Position, die er dann beibehielt. Jetzt wurde der Öffentlichkeit erklärt: „Unsere Friedensbedingungen, mit welcher zur Sache legitimierten Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wird.“²²⁾ Die Maxime, an der sich Bismarck bei seinen Bemühungen um eine Friedensanbahnung von nun an orientierte, lautete in seinen eigenen Worten: Verhandlungen müßten mit der Aussicht geführt werden können, „daß das Ergebnis derselben von der französischen Nation als gültig und bindend würde anerkannt werden.“²³⁾

Eine weitere Formulierung im selben Erlaß (vom 24. September 1870) beleuchtet in interessanter Weise die Struktur des Kriegsbeendigungsprozesses aus dem Blickwinkel eines Praktikers der Politik. Bismarck machte den Gesandten darauf aufmerksam, „daß unter Verhältnissen, welche kaum ein sicheres Urteil darüber gestatten, mit wem wir eigentlich zu verhandeln haben, der praktische Ausgangspunkt der Friedensverhandlung sich vielleicht später im Rückblick, aber nicht leicht in der Gegenwart wird erkennen lassen, und daß die Unterscheidung zwischen Friedensverhandlungen, Präliminarien, Waffenstillstandsverhandlungen und nutzlosen Besprechungen, nach welchen noch Monate des Krieges folgen können, für mich weder gleichzeitig noch namentlich im voraus möglich ist.“²⁴⁾

²¹⁾ Communiqué für die französischen Blätter „*Courrier de la Champagne*“ und „*Indépendant Rémois*“, s. *Moritz Busch*, Tagebuchblätter. 3 Bde. Paris 1899, Bd. I, 181; Konzept Busch mit Korrekturen Bismarcks: DZA Merseburg Rep. 92, Nachlaß Busch 24, Bl. 8.

²²⁾ Runderlaß an die Missionen, Meaux 16.9.1870, s. *Otto von Bismarck*, Die gesammelten Werke (1923 ff.), Bd. 6b, 501 (die Friedrichlsruher Ausgabe im folg. zitiert: GW und Bandzahl). Das Zirkular wurde publiziert.

²³⁾ Erlaß an den Gesandten in Karlsruhe, Graf von Flemming, Ferrières 24.9.1870, GW 6b, 515.

²⁴⁾ Ebd.

Im Zeitraum von September 1870 bis Januar 1871 kam es zu einer Serie von Sondierungen und Unterhandlungen Bismarcks sowohl mit Repräsentanten der provisorischen Regierung als auch mit Vertretern des gestürzten Kaiserreichs. Daß Bismarck während der Herbst- und Wintermonate in Kontakt mit Napoleon III. und der Regentin blieb, hat damals viele Zeitgenossen, insbesondere die Liberalen innerhalb und außerhalb Deutschlands, schockiert. Die deutsche Führung fühlte sich jedoch berechtigt, Verhandlungen und selbst einen eventuellen Abschluß mit Abgesandten Napoleons nicht von vornherein völlig aus dem Kreis der Erwägungen auszuschließen, denn die provisorische Regierung besaß vorläufig keine unbezweifelbare völkerrechtliche Legitimation zur Einleitung und Führung von Friedensverhandlungen. Sie wies darüber hinaus auch ein innerstaatliches Legitimationsdefizit auf, da sie die am 8. September (für den 16. Oktober) anberaumten Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung schon am 23./24. September auf unbestimmte Zeit vertagt hatte.

Wollte Bismarck – wie überwiegend angenommen wird – durch seine Kontakte mit Vertretern des Kaiserreichs lediglich Druck auf die provisorische Regierung ausüben, den französischen Durchhaltewillen schwächen und die republikanischen Machthaber verhandlungswillig stimmen, indem das Schreckgespenst einer bonapartistischen Restauration heraufbeschworen wurde? Oder hat Bismarck – wie eine gegenteilige Auffassung will²⁵⁾ – in den Herbst- und Wintermonaten dem bonapartistischen Verhandlungspartner eindeutig den Vorzug gegeben und seine Bemühungen ganz auf einen Abschluß mit Napoleon – verbunden mit einer Restauration des Second Empire – konzentriert? Das schwer durchschaubare zweigleisige Manövrieren Bismarcks, schon den Zeitgenossen ein Rätsel, hat in der bisherigen Forschung keine wirklich zureichende Deutung erfahren. Sowohl die Virtuosität, mit der Bismarck bei der Friedensanbahnung operierte, als auch das volle Ausmaß der objektiven Schwierigkeiten, die dabei zu meistern waren, erschließt sich allerdings nur bei einer minutiösen Detailanalyse, die hier nicht vorgenommen werden kann. Aber es soll versucht werden, wenigstens das

²⁵⁾ Dieser Ansicht neigen u. a. zu *Anneliese Klein-Wuttig*, Politik und Kriegsführung in den deutschen Einigungskriegen 1864, 1866 und 1870/71. Berlin 1934; *Rudolf Stadelmann*, Moltke und der Staat. Krefeld 1950; *Herbert Geuss*, Bismarck und Napoleon III. Köln/Graz 1959.

Grundmuster von Bismarcks politischem Agieren bei der Suche nach einem Weg zum Frieden herauszupräparieren.

Die Auswertung aller verfügbaren Quellen erlaubt die Feststellung, daß Bismarck, entgegen den in der Forschungsliteratur vorherrschenden Interpretationen, *nicht* frühzeitig für die eine oder andere Seite als Wunschpartner für Friedensverhandlungen optiert hat und folglich die jeweils andere Seite lediglich zum „Ausspielen“ benutzte. Bismarck blieb bis in die Endphase des Krieges hinein nach beiden Seiten hin offen und operierte mit einer zielgerichteten Flexibilität, orientiert nicht an einer persönlichen Präferenz für die eine oder andere Regierungsform in Frankreich, sondern an zwei sachlichen Kriterien: Zum einen mußte eine gewisse Wahrscheinlichkeit bestehen, daß mit dem jeweiligen Verhandlungspartner ein Friedensschluß auf der Basis der deutschen Minimalbedingungen angebahnt werden konnte. Zum anderen mußte der jeweilige Verhandlungspartner über so viel Rückhalt und reale Macht in Frankreich verfügen (bzw. Aussicht haben, sie rasch gewinnen zu können), daß er die Durchführung der stipulierten Bedingungen garantieren konnte. Im Rahmen dieses Grundkonzepts sondierte und verhandelte Bismarck, wann immer sich ihm ein Anknüpfungspunkt bot, mit *beiden*, nach seiner Auffassung für Unterhandlungen in Frage kommenden Seiten ernsthaft, d. h. um einen Erfolg bemüht.²⁶⁾

Allerdings war dabei nach Lage der Dinge ein sehr unterschiedlicher *modus procedendi* erforderlich, und ebenso gravierend unterschieden sich die mit der einen und mit der anderen Lösung verbundenen Risiken für die deutsche Seite.

Bei Verhandlungen mit der provisorischen Regierung, die die Macht im Lande ausübte, ging es zunächst um den Abschluß eines Waffenstillstands. Während dessen Dauer konnten Wahlen zu einer Nationalversammlung stattfinden und eine zu Friedensverhandlungen legitimierte Regierung eingesetzt werden; über den Inhalt des Friedens brauchte daher bei den Waffenstillstandsverhandlungen noch nicht gesprochen zu werden. Diese Prozedur entsprach weitgehend dem im 19. Jahrhundert gängigen Modell der Kriegsbeendigungsstufen: Waffenstillstand, Friedenspräliminarien, Definitivfrieden; nur wurde zwischen Abschluß des Waffenstillstands und Aufnahme der Friedensverhandlungen eine Zwischenstufe eingeschaltet, nämlich Wahl und Konstituierung eines Repräsentativorgans.

²⁶⁾ Kolb, *Kriegführung und Politik* (wie Anm. 20), 107.

Das Ergebnis der Wahlen – und damit die Friedensgeneigtheit oder -abgeneigtheit der Nationalversammlung – ließ sich deutscherseits nicht manipulieren; man konnte nur hoffen, daß die Kriegsmüdigkeit, die seit Spätherbst 1870 in Teilen der Provinz (weniger in Paris) allmählich um sich griff, bei den Wahlen einen Niederschlag finden und zur Entsendung einer friedenswilligen Mehrheit in die Nationalversammlung führen würde.

Eine wesentlich andere Problemkonstellation bestand bei den Sondierungen und Unterhandlungen mit den Bonapartisten, das *Procedere* mußte hier zwangsläufig von allen damals geläufigen Methoden der Kriegsbeendigung radikal abweichen. Um wieder zur Herrschaft in Frankreich kommen zu können, waren die Protagonisten des *Second Empire* auf eine deutsche Hilfestellung angewiesen. Bismarck konnte deshalb von ihnen verlangen, daß sie zunächst die deutschen Friedensbedingungen akzeptierten. Wenn es der bonapartistischen Partei dann mit deutscher Unterstützung gelang, in Frankreich wieder Fuß zu fassen und ihren Anhang zu reaktivieren, mußte sie die Zustimmung des Landes zu dem ausgehandelten Präliminarfrieden zu gewinnen suchen, sei es durch ein Plebiszit, sei es durch das Votum des wieder einberufenen Parlaments, des *Corps Législatif*. Die Ratifizierung des Friedens durch die französische Nation war auch im Fall eines Abschlusses mit dem restaurierten Kaiserreich unabdingbar. Fraglos war dieser Weg, zum Frieden zu kommen, ungleich komplizierter und risikoreicher als derjenige über einen Waffenstillstand mit der provisorischen Regierung und die Wahl einer Konstituante. Vor allem war klar vorauszusehen, daß Bemühungen um eine Restaurierung des Zweiten Kaiserreichs durch deutschen Machteinsatz auf wenig Verständnis und Sympathie – um es milde auszudrücken – sowohl in Deutschland als auch bei den neutralen Mächten stoßen würden. Im nationalen und internationalen Rahmen wäre eine derartige Friedenslösung für Bismarck daher wohl nur dann durchsetzbar gewesen, wenn die provisorische Regierung sich beharrlich geweigert hätte, der französischen Bevölkerung eine Möglichkeit zu geben, sich über Fortsetzung oder Beendigung des Krieges auszusprechen, und statt dessen die „*guerre à outrance*“ zur Katastrophenpolitik gesteigert hätte, so daß die bonapartistische Partei in Frankreich als Friedenspartei hätte auftreten können und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und den neutralen Mächten glaubhaft darzustellen war, dies sei der einzige offene Weg zu der in Deutschland wie in den neutralen Län-

dern sehnlich gewünschten raschen Beendigung des Krieges – eine Eventualität, die im Winter 1870/71 nicht völlig außerhalb des Denkbaren und Möglichen lag.

Solange indessen Unterhandlungen mit der einen oder anderen Seite kein positives Ergebnis gezeitigt hatten, waren in Bismarcks Sicht alle Kontakte und Gespräche nur unverbindliche und zu nichts verpflichtende Sondierungen, durch die er seine weiteren Bemühungen um eine Friedensanbahnung nicht zu präjudizieren gedachte und durch die er sich nicht zugunsten der einen oder anderen Seite „entschied“.

Vor eine solche Entscheidung sah sich Bismarck bis Januar 1871 tatsächlich nicht gestellt. Die Waffenstillstandsverhandlungen mit Vertretern der provisorischen Regierung am 19./20. September (Entrevue mit Jules Favre) und Anfang November (Waffenstillstandsverhandlungen mit Thiers) verliefen ergebnislos, weil das Pariser Gouvernement nicht bereit war, die deutschen Waffenstillstandsbedingungen zu akzeptieren. Auf bonapartistischer Seite dominierten bis in den Winter hinein Resignation und Inaktivität; es bestand geringe Neigung, für die Restauration des Zweiten Kaiserreichs den Preis einer französischen Gebietsabtretung zu entrichten, man beharrte bei den geheim geführten Sondierungen vielmehr darauf, der Regentschaft müßten deutscherseits erkennbar günstigere Friedensbedingungen gewährt werden als der republikanischen Regierung. In den November- und Dezemberwochen war so der Friede ferner denn je seit Anfang September: Anfang November waren die Waffenstillstandsverhandlungen mit der provisorischen Regierung gescheitert; Ende Oktober hatte die in Metz eingeschlossene „Rheinarmee“ unter Marschall Bazaine kapituliert, ohne daß diese Kapitulation – wie Bismarck geplant hatte – zum Ausgangspunkt konkreter Verhandlungen mit Napoleon III. und der Regentschaft gemacht werden konnte.

Nach dem Scheitern aller bisherigen Anläufe zur Kriegsbeendigung war Bismarck seit der Jahreswende 1870/71 fest entschlossen, die als nahe bevorstehend betrachtete Kapitulation der französischen Hauptstadt als Hebel zu benutzen, um die Tür zum Frieden aufzusprengen. Die Übergabe von Paris sei ein so wichtiger Abschnitt in diesem Krieg, äußerte er am 13. Januar in einer Unterredung mit Generalstabschef Moltke und dem Kronprinzen, daß dieses Ereignis benutzt werden müsse, „um daraus die Grundlage für den Abschluß eines günstigen Friedens zu gewinnen“.²⁷⁾ Mit einer

„Strategie der Alternativen“²⁸⁾ stellte sich Bismarck im Januar auf diese Situation ein. In einer Denkschrift entwickelte er am 14. Januar ausführlich die Gesichtspunkte für das weitere Vorgehen.²⁹⁾ Die Denkschrift beginnt mit dem programmatischen Satz: „Von den Wegen, die zu einem Frieden führen können, den kürzesten und leichtesten einzuschlagen, ist angesichts der Opfer des Krieges und der möglichen weiteren Dauer desselben eine Pflicht gegen Deutschland.“ Bismarck ließ dann alle denkbaren französischen Verhandlungspartner Revue passieren. Die bourbonischen und orleanistischen Thronprätendenten waren rasch abgetan. Die Republik hingegen habe den Vorzug, „daß sie vorhanden ist“. Unsicher sei jedoch, ob die gegenwärtigen Machthaber einen Friedensvertrag mit Gebietsabtretungen unterzeichnen würden. Aus diesem Grunde ließ Bismarck eine deutliche Präferenz für einen Abschluß mit den Bonapartisten erkennen, zumal er zu diesem Zeitpunkt annehmen durfte, daß die Regentin sich inzwischen bereitfand, auf die deutschen Friedensbedingungen einzugehen und auch schon die Reise eines mit Verhandlungsvollmacht ausgestatteten Unterhändlers – Clément Duvernois³⁰⁾ – ins deutsche Hauptquartier angekündigt war.³¹⁾ Angesichts derartiger Perspektiven hatte Bismarck bereits am

²⁷⁾ Hermann Oncken (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik 1854–1871. Stuttgart 1927, Bd. 2, 313 f. Im Vorfeld der Kapitulation von Paris spitzte sich im deutschen Hauptquartier der Konflikt zwischen Bismarck und Moltke über das Verhältnis von Kriegführung und Politik gefährlich zu. Auf diesen Zusammenhang bin ich in der in Anm. 20 angeführten Studie näher eingegangen.

²⁸⁾ Otto Pflanze, Bismarck and the Development of Germany. The Period of Unification 1815–1871. Princeton 1963, 91.

²⁹⁾ Immediatbericht vom 14. 1. 1871, GW 6b, 665 ff.

³⁰⁾ Duvernois war Handelsminister im letzten Kabinett des Kaiserreichs und hatte in dieser Funktion während der Augustwochen 1870 die Verproviantierung von Paris durchgeführt. Er galt daher als derjenige, der genau darüber informiert war, wie lange die Lebensmittelvorräte in Paris äußerstenfalls reichen (nämlich bis Ende Januar/Anfang Februar 1871).

³¹⁾ Am 7. 1. 1871 berichtete der preußische Botschafter in London, Graf Bernstorff, an Bismarck über zwei Unterredungen mit Duvernois (am 5. und 7. Januar). In diesen Unterredungen betonte Duvernois, daß die Kaiserin Eugenie „anderen Sinnes geworden und bereit sei, einen Frieden mit Gebietsabtretung zu unterzeichnen und den nächstens zu erwartenden Fall von Paris für den geeigneten Augenblick des sofortigen Handelns halte“. Nach Bernstorffs Auffassung werde Duvernois bereit sein, zu Unterhandlungen nach Versailles zu kommen. Dieser Bericht Bernstorffs lag am 11. Januar Bismarck vor, der ihn sofort dem König mitteilte und noch am gleichen Tag

12. Januar dem preußischen Botschafter in London mitgeteilt: Wenn die Verhandlungen mit der Kaiserin rechtzeitig zu einem Ergebnis führten, sollte es möglich sein, die Anerkennung dieses Ergebnisses „bei der Kapitulation von Paris zur Bedingung unseres Eingehens auf letztere zu machen“.³²⁾

Während man in Versailles mit dem baldigen Eintreffen des Unterhändlers Duvernois rechnete, ergab sich eine unerwartete Komplikation. Am 14. Januar, jenem Tag also, an dem Bismarck seine große Denkschrift über die Friedensmöglichkeiten dem König vorlegte, gingen im Hauptquartier zwei Schreiben ein, die durch den amerikanischen Gesandten aus Paris herausexpediert worden waren. Das eine Schriftstück war ein zur Weiterbeförderung an den britischen Außenminister, Lord Granville, bestimmtes Schreiben von Außenminister Favre, in dem dieser – nach langem Zögern und trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Pariser Kabinetts³³⁾ – ankündigte, er werde als bevollmächtigter Vertreter

nach London telegraphierte: „Ich halte für das Beste, wenn Cl. Duvernois herkommt, um die Sache, ihre möglichen Formen und Wege und die Örtlichkeit mündlich zu erwägen. Wir glauben nach manchen Symptomen an baldige Unterhandlung von Paris, und es wäre nützlich, schon bei der Beantwortung der ersten Eröffnung klar über die Richtung zu sein, die man den Verhandlungen geben will.“ Am 12. Januar telegraphierte Bernstorff (die Entzifferung lag Bismarck und dem König am Vormittag des 13. I. vor): „Duvernois reist morgen mit Vollmacht der Kaiserin Eugenie über Wilhelmshöhe, wo er sich nur einige Stunden aufhalten will, um auch Vollmacht des Kaisers zu holen, und über Frankfurt nach Versailles ab unter dem Namen Charles Duparc.“ Diese Aktenstücke: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (im weiteren: PA), I ABc 70 No. 6, Bd. 4, Bl. 56–62, 65, 72; das Telegramm an Bernstorff vom 11. I. 1870 auch: GW 6b, 661. Noch Ende Dezember hatte sich Bismarck eher skeptisch über Duvernois und dessen Vorstellungen geäußert, s. Erlaß an Bernstorff vom 25. 12. 1870, GW 6b, 647f.

³²⁾ Telegramm an Bernstorff, Versailles 12. I. 1871, GW 6b, 662. – Die Kontakte Bismarcks mit Repräsentanten der bonapartistischen Partei im Dezember 1870/Januar 1871 sind bisher noch nicht unter Auswertung der Akten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes analysiert worden. Auf der Grundlage der gedruckten Quellen und der Literatur sind diese Sondierungen skizziert bei *Joachim Kühn*, Bismarck und der Bonapartismus im Winter 1870/71, in: ders., Historische und polemische Aufsätze zur französischen Politik. Berlin 1920, 185–237, hier 219ff.; *Werner Freese*, Die Friedensverhandlungen zwischen Bismarck und dem französischen Kaisertum. Diss. phil. (masch.) Jena 1920, hier 116ff.; *Geuss*, Bismarck (wie Anm. 25), 296ff.

³³⁾ Vgl. dazu die ausführlichen Darlegungen bei *Jules Favre*, Gouvernement de la Défense Nationale. Bd. II. Paris 1872, 239–312.

Frankreichs an der Pontuskonferenz teilnehmen, die Mitte Januar eröffnet wurde³⁴⁾, und sich zu diesem Zweck nach London begeben, sobald er einen Geleitschein in Händen halte und die Situation in Paris ihm das Verlassen der Stadt erlaube.³⁵⁾ In einem weiteren Schreiben, das an Bismarck gerichtet war, bat Favre um die Ausstellung eines Geleitscheins zum Passieren der deutschen Linien.³⁶⁾ Bismarck hatte Ende Dezember, als die Frage einer Teilnahme Favres an der Londoner Pontuskonferenz erstmals zur Sprache kam, sich grundsätzlich bereiterklärt, Favre das Verlassen von Paris zu ermöglichen, dabei aber betont, es müßten dafür Formen gefunden werden, „aus welchen kein diesseitiges Anerkenntnis der jetzigen Regierung gefolgert werden kann. Die Haltung derselben“ – so fügte Bismarck eigenhändig hinzu – „läßt keine Aussicht darauf, daß der Friede mit ihr erreichbar sei. Sie fordert noch heut die Leidenschaften zum Kampf mit jedem völkerrechtswidrigen Mittel auf, anstatt auf Notwendigkeit des Friedens vorzubereiten.“³⁷⁾ Die Angelegenheit müsse deshalb als eine rein militärische behandelt werden, Favre solle den Geleitschein durch Parlamentär beim Oberkommando der deutschen Belagerungsarmee beantragen.³⁸⁾

³⁴⁾ Die Aufkündigung der Pontusklauseln des Pariser Friedens von 1856 durch die russische Regierung hatte Anfang November 1870 eine schwere internationale Krise ausgelöst, deren weiterer Verlauf und deren mögliche Auswirkungen auch auf die Haltung der Neutralen zum deutsch-französischen Krieg zunächst nicht genau abschätzbar waren. Unter aktiver Vermittlungstätigkeit Bismarcks einigten sich die Regierungen dann Ende November, den Konflikt auf einer Konferenz in London beizulegen. Zur Pontuskonferenz u.a. *Kurt Rheindorf*, Die Schwarze Meer (Pontus)-Frage 1856–1871. Berlin 1925, 91 ff.; *Werner E. Mosse*, The Rise and Fall of the Crimean War System 1855–1871. London 1963, 165 ff.; *Dietrich Beyrau*, Russische Orientpolitik und die Entstehung des Deutschen Kaiserreiches 1866–1870/71. Wiesbaden 1974, 225 ff.; *Barbara Jelavich*, The Ottoman Empire, the Great Powers and the Straits Question, 1870–1887. Bloomington, Ind./London 1973, 25 ff.

³⁵⁾ Text bei *Favre*, Gouvernement (wie Anm. 33), 295 ff. (mit falscher Datierung 10. I. statt richtig 13. I. 1871).

³⁶⁾ Ebd. 298; Ausfertigung: PA I ABq 69, Bd. 10.

³⁷⁾ Telegramm an Reuß (Petersburg), Versailles 24. 12. 1870, PA I ABq 69, Bd. 9; s. auch GW 6b, 644.

³⁸⁾ Das Oberkommando der III. Armee wurde am 27. 12. 1870 angewiesen, Favre auf ein entsprechendes Ersuchen einen Passierschein auszustellen: „Sollte das pp. Gelegenheit finden, in Paris wissen zu lassen, daß H. Favre den Passierschein erhalten wird, wenn er sich an dasselbe wendete, so würde mir dies nicht unerwünscht sein, da ich eine Verzögerung der Sache selbst

Jetzt, am 14. Januar, stellte sich die Situation jedoch unter veränderten Vorzeichen dar: Anfang Januar hatte die deutsche Belagerungsarmee mit der Beschießung von Paris begonnen; in einer Proklamation vom 12. Januar hatte Favre seine Teilnahme an der Pontuskonferenz zu einem Akt der internationalen Anerkennung der provisorischen Regierung stilisiert³⁹⁾; im deutschen Hauptquartier erwartete man den Unterhändler der Kaiserin Eugenie. Ließ sich unter diesen Umständen noch glaubwürdig die Auffassung vertreten, es bedeute keine „Anerkennung“ der provisorischen Regierung, wenn der Geleitschein für Favre „nur“ vom Armeeoberkommando, nicht von Bismarck selbst, ausgestellt werde?

In einer ersten Reaktion auf Favres Ersuchen hielt Bismarck an seiner bisherigen Position fest. Am späten Abend des 14. Januar informierte er Bernstorff telegraphisch, das Armeeoberkommando sei angewiesen, Herrn Favre mitzuteilen, „daß er jederzeit passieren kann“.⁴⁰⁾

In einer schlaflosen Nacht⁴¹⁾ muß Bismarck dann jedoch zu der Ansicht gelangt sein, bei einer Teilnahme Favres an der Londoner Konferenz würden nicht nur die geplanten Verhandlungen mit Duvernois erschwert, sondern ein eventueller Abschluß mit den Bonapartisten vielleicht überhaupt unmöglich. Mitten in der Nacht ließ

nicht beabsichtige“, PA I ABq 69, Bd. 9. Am 26.12. hatte Bernstorff den Auftrag erhalten, Lord Granville zu informieren, Favre werde beim Oberkommando auf eine entsprechende Bitte einen Durchlaßschein erhalten, ebd.

³⁹⁾ Deutsche Übersetzung u. a. bei *Busch*, Tagebuchblätter (wie Anm. 21), Bd. II, 52f.

⁴⁰⁾ Telegramm an Bernstorff, Versailles 14.1.1871 (zur Station 23.10 Uhr), PA I ABq 69, Bd. 10. Dieses Telegramm sowie die im folgenden zitierten Aktenstücke weder abgedruckt noch erwähnt GW 6b; dies dürfte einer der Gründe sein, weshalb die im folgenden geschilderte bedeutungsvolle Episode in der bisherigen Literatur noch nicht beleuchtet worden ist. Das Armeeoberkommando wurde am 14.1.1871 – „nach eingeholter Genehmigung Seiner Majestät des Königs“ – angewiesen, das mitgegebene Sauf-Conduit für Favre und seine Familienangehörigen „den Vorposten gegenüber der Porte de Créteil mit dem Befehl zu schicken, 1) das Schreiben bei der nächsten Parlamentärgelegenheit an die französischen Vorposten abzugeben, 2) wenn H. Favre und seine oben aufgeführten Begleiter, legitimiert durch einen Paß des amerikanischen Gesandten Washburne, sich melden, ihm den Sauf-Conduit einzuhändigen“ (ebd.). Dieses Schreiben (Konzept Bucher mit Korrekturen Bismarcks) wurde am 15.1.1871 annulliert, s. Anm. 44.

⁴¹⁾ Vgl. *Busch*, Tagebuchblätter (wie Anm. 21), Bd. II, 46; *Heinrich Abeken*. Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit. Berlin 1898, 482.

Bismarck einen Kanzleibeamten wecken und umgehend nach London telegraphieren, das Telegramm vom 14. Januar abends sei als „non avenu“ zu betrachten: „Warten Sie vor jeder Mitteilung über den Inhalt auf weitere Information“.⁴²⁾ Diese „weitere Information“ ging am 15. Januar kurz nach 13 Uhr zur Chiffrierstation: Bernstorff wurde von Bismarck nochmals gebeten, das Telegramm vom Abend des 14. Januar als „nicht vorhanden“ zu betrachten; es müsse „allerhöchste Entscheidung nach Abhaltung eines milit. Conseil“ abgewartet werden, „ob wir nach Lage der Dinge Herrn Favre noch gestatten können, Paris zu verlassen und sich der Verantwortlichkeit zu entziehen. Ist Clément Duvernois unterwegs? Während wir hier mit ihm und seinen Machtgebern unterhandeln, und vollends wenn wir mit ihm zu einem Ergebnis kommen sollten, scheint es nicht möglich, Favre eine Stellung einnehmen zu lassen, worin eine gewisse Anerkennung der Berechtigung des jetzigen Gouvernements, für Frankreich zu handeln, liegen würde.“⁴³⁾ Die Beratung zwischen Bismarck, dem König und dem Generalstabschef muß im Laufe des Nachmittags stattgefunden haben, denn am Abend wurde das Oberkommando der III. Armee – „bei der veränderten Sachlage und mit Genehmigung seiner Majestät des Königs“ – angewiesen, Favre einstweilen keinen Geleitschein zu gewähren.⁴⁴⁾ Das in der Konsequenz dieser veränderten Beurteilung der Sachlage abgefaßte Antwortschreiben Bismarcks an Favre vom 16. Januar war außerordentlich sorgfältig stilisiert.⁴⁵⁾ Er würde, so betonte Bismarck, „auf

⁴²⁾ Telegramm an Bernstorff, Versailles 15. I. 1871 (zur Station 3.45 Uhr), PA I ABq 69, Bd. 10. Ein nach Bismarcks Weisungen vom Abend des 14. I. 1871 entworfener, vom 15. I. datierter und von Bismarck bereits korrigierter und paraphierter Erlaß an Bernstorff in dieser Sache erhielt den Vermerk „cessat“ (ebd.).

⁴³⁾ Telegramm an Bernstorff, Versailles 15. I. 1871 (zur Station 13.05 Uhr), PA I ABq 69, Bd. 10.

⁴⁴⁾ Schreiben Bismarcks an das Oberkommando der III. Armee, Versailles 15. I. 1871 (abgesandt 20.30 Uhr).

⁴⁵⁾ Schreiben Bismarcks an Favre, Versailles 16. I. 1871, GW 6b, 669 ff.; die stark durchgearbeiteten Entwürfe: PA I ABq 69, Bd. 10. Einer der unmittelbar Beteiligten, der Vortragende Legationsrat Abeken, nannte dieses Schreiben „eine rechte Schweregeburt“: „Der erste Entwurf wurde schon im Deutschen mehrmals umgearbeitet und dann im Französischen nochmals sehr verändert, ist aber nun auch recht solide und in allen Zeilen und Worten wohl durchdacht und wohl gefügt worden. Wir haben sonst die Regel, nur deutsch an die Franzosen zu schreiben; hier kam es aber auf jedes Wort an und darauf, daß auch andere es lesen sollten, und daß nicht durch eine in

eine amtliche Verhandlung nicht haben eingehen können, welcher die Voraussetzung zum Grunde läge, daß die Regierung der Nationalen Verteidigung völkerrechtlich in der Lage sei, im Namen Frankreichs zu handeln, solange sie nicht mindestens von der französischen Nation selbst anerkannt ist“. Zwar hätte der Befehlshaber der deutschen Vorposten Favre wohl die deutschen Linien passieren lassen, wenn dieser beim Kommando des Belagerungsheeres darum nachgesucht hätte, denn der Militärbefehlshaber brauche den Zweck der Reise nicht zu berücksichtigen. Diesen Weg jedoch habe Favre abgeschnitten, weil er an Bismarck „unter amtlicher Angabe des Zweckes der Reise“ ein „amtliches Gesuch um einen Geleitschein behufs Vertretung Frankreichs auf der Konferenz“ gerichtet habe. Es folgte der eher floskelhafte als hilfreiche Satz: „Indem ich Ihnen dies mitteile, kann ich Ihnen nunmehr nur überlassen, für sich und Ihre Regierung zu erwägen, ob sich ein anderer Weg finden läßt, auf welchem die angeführten Bedenken beseitigt und jedes aus Ihrer Anwesenheit in London fließende Präjudiz vermieden werden kann.“ Im Schlußpassus des Schreibens wies Bismarck Favre dann nachdrücklich darauf hin, welch schwere Verantwortung bei den bevorstehenden Ereignissen gerade auf ihm laste: Er, Bismarck, könne kaum annehmen, daß Favre „in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie einen so wesentlichen Anteil hatten, sich der Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, wofür die Verantwortlichkeit auch Sie trifft“. Favre blieb in Paris.⁴⁶⁾

Paris gemachte Übersetzung der Sinn abgeschwächt oder entstellt würde; darum wurde sie hier französisch zurechtgemacht“ (*Abeken*, *Leben in bewegter Zeit* (wie Anm. 41), 492). Hingegen nennt ein Favre-Biograph dieses Schreiben „un des plus beaux monuments de l'hypocrisie et de l'insolence de Bismarck“ (*Maurice Reclus*, *Jules Favre*. Paris 1913, 410).

⁴⁶⁾ Daß es Bismarck auch darum zu tun war und daß die Fernhaltung Favres von der Londoner Konferenz nicht das einzige Motiv seines Agierens Mitte Januar bildete, erhellt aus seinen Bemerkungen in einem Erlaß an Bernstorff vom 17.1.1871: Unter den gegebenen Umständen sprächen „Gründe, welche mehr in der Stellung des H. Favre in Paris als in etwaigen Bedenken gegen seine Teilnahme an der Konferenz liegen, dafür, die Erlaubnis jetzt nicht mehr zu erteilen. Es entsteht die Frage, ob es dem europäischen Interesse an der Herstellung des Friedens entspreche und ob es überhaupt zulässig sei, dem eigentlich politischen Mitglieder der gegenwärtigen Regierung im Augenblick der Krise zu gestatten, daß er seinen Posten in Paris verlasse ...“, PA I ABq 69, Bd. 10 (nicht GW 6b).

Die Tatsache, daß Bismarck in den Tagen höchster innerer Anspannung und schwerster Arbeitsbelastung – Mitte Januar erreichte Bismarcks Konflikt mit Moltke über das Verhältnis von Kriegführung und Politik seinen Höhepunkt, die Kaiserproklamation am 18. Januar war vorzubereiten, und letzte Vereinbarungen über die Konstituierung des Deutschen Kaiserreichs mußten getroffen werden – sich so intensiv mit der Frage beschäftigte, ob Favres Teilnahme an der Londoner Konferenz ermöglicht oder verhindert werden sollte, belegt eindringlich, welche Bedeutung er dieser Entscheidung und ihren möglichen Folgen beimaß. Bismarck sah sich offensichtlich an einem Scheideweg in der Friedensfrage angelangt.

Man würde Bismarcks Weigerung, einer wie immer gearteten „Anerkennung“ der provisorischen Regierung Vorschub zu leisten, aber völlig fehlinterpretieren, wenn man in seinem Prozedieren Mitte Januar die Konsequenz einer innerlich bereits vollzogenen Option zugunsten von Friedensverhandlungen mit Repräsentanten des Kaiserreichs erblickte.⁴⁷⁾ Tatsächlich ging es Bismarck in jenen Tagen nur darum, diese Option wenigstens *offenzuhalten* – zu einem Zeitpunkt und in einer Situation, als sich noch überhaupt nicht absehen ließ, in welcher Form sich die Kapitulation von Paris abspielen würde –, ob die provisorische Regierung diesen Akt zur Einleitung von politischen Verhandlungen benutzen oder solche Verhandlungen strikt ablehnen werde.

Nach dem 15. Januar wartete man im deutschen Hauptquartier ungeduldig und zunehmend irritiert auf den Unterhändler Duvernois. Nachdem sich schon seine Abreise aus London verzögert hatte⁴⁸⁾, blieb er danach tagelang unauffindbar⁴⁹⁾. Zahlreiche Telegramme, von Bismarck paraphiert oder eigenhändig konzipiert, gingen nach London, Kassel, Frankfurt, Brüssel mit Anfragen über den Verbleib Duvernois' und Anweisungen, für möglichst schnelle

⁴⁷⁾ Insofern irrt *Geuss*, Bismarck (wie Anm. 25), 307, wenn er aufgrund der Denkschrift vom 14. I. 1871 behauptet, Bismarck habe sich „grundsätzlich für den Bonapartismus entschieden“.

⁴⁸⁾ Nachdem Bernstorff am 12. I. 1871 Duvernois' Abreise für den 13. I. angekündigt hatte (vgl. Anm. 31), telegraphierte er am 15. I. nach Versailles, Duvernois reise „erst morgen früh ab, weil er nicht eher mit Kaiserin Eugénie fertig geworden ist“ (PA I ABc 70 No. 6, Bd. 4, Bl. 77).

⁴⁹⁾ Bedauerlicherweise hat Clément Duvernois keine Memoiren oder Aufzeichnungen hinterlassen. Wo er sich auf seiner tagelangen Reise aufhielt, mit wem er konferierte, welchen Schwierigkeiten er begegnete – darüber gibt es in der Literatur nur Spekulationen, keine einwandfrei belegten Aussagen.

Beförderung nach Versailles Sorge zu tragen.⁵⁰⁾ Am 28. Januar traf Duvernois schließlich in Versailles ein. Auf dem Schreiben, mit dem er seine Ankunft meldete, vermerkte Bismarck lapidar: „20 Minuten zu spät“⁵¹⁾ – denn unmittelbar zuvor hatte er das mit Jules Favre ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet und damit die provisorische Regierung als verhandlungsfähige Regierung anerkannt.

Wie schon im Herbst 1870, so hat Bismarck im Januar 1871 eine wahrlich fieberhafte Aktivität entfaltet, um dem Krieg ein – für Deutschland günstiges – Ende zu setzen. Gleichwohl fiel die eigentliche Entscheidung in der Friedensfrage an einem Punkt, der sich ganz außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten des Kanzlers befand. Als in Paris die Lebensmittelvorräte zur Neige gingen und die Kapitulation der Hauptstadt nicht länger hinausgezögert werden konnte, fand sich kein Militär bereit, den Weg ins deutsche Hauptquartier anzutreten. So entschloß sich Jules Favre, Außenminister und stellvertretender Vorsitzender der provisorischen Regierung, am 23. Januar zum Kanossagang nach Versailles. Favres Verhandlungspartner konnte aber nur Bismarck sein, nicht Generalstabschef Moltke, und damit war bereits vorgegeben, daß sich die Verhandlungsmaterie über die militärischen Kapitulationsbedingungen hinaus auf politische Fragen erstrecken würde, zumal Favre schon in der ersten Unterredung den Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstands vorschlug und sich mit der Durchführung von Wahlen zu einer Nationalversammlung einverstanden erklärte. Als nach fünftägigen Verhandlungen die Waffenstillstandskonvention – in welche die Kapitulation von Paris eingebettet war – unterzeichnet wurde und die Waffenruhe eintrat, waren indessen noch nicht alle Hindernisse auf dem Weg zum Frieden beiseite geräumt. Gambetta, die beherrschende Figur in der Regierungsdelegation zu Bordeaux, stimmte dem Abschluß des Waffenstillstands zunächst nur widerwillig zu und plante dann, alle wichtigen Funktionsträger des Zweiten Kaiserreichs von der Wählbarkeit zur Nationalversammlung auszuschließen, was bedeutet hätte, daß die Waffenstillstandskonvention insofern nicht eingehalten worden wäre, als diese ausdrücklich

⁵⁰⁾ PA I ABc 70 No. 6, Bd. 4 und 5.

⁵¹⁾ Schreiben Charles Duparc (= Clément Duvernois) an Bismarck, Versailles 29.1.1871 (richtig: 28.1., vgl. *Busch*, Tagebuchblätter (wie Anm. 21), Bd. II, 102), Bismarck-Archiv Friedrichsruh B37 Duparc.

„freie Wahlen“ vorschrieb. Das Pariser Gouvernement konnte Gambetta jedoch zum Einlenken zwingen, und die Wahl am 8. Februar erbrachte dann eine überwältigende Friedensmehrheit. Erst von diesem Moment an war der Weg frei zum Abschluß des Präliminarfriedens. Es wurde bereits erwähnt⁵²⁾, daß auch nach der Ratifizierung des Präliminarfriedens noch geraume Zeit unsicher blieb, wann und in welcher Weise der definitive Friedensvertrag zustande kommen würde – aber auf diese Problematik kann hier nicht mehr eingegangen werden⁵³⁾. Im Rückblick jedenfalls läßt sich eindeutig konstatieren, daß der Abschluß des Waffenstillstands mit der provisorischen Regierung, durch den die Wahl einer Nationalversammlung vorgeschrieben und ermöglicht wurde, den entscheidenden Durchbruch zum Frieden darstellte und die Beendigung des Krieges gemäß dem im 19. Jahrhundert üblichen „Normalmodell“ des Friedensschließens einleitete.

Versuchen wir abschließend, unsere Beobachtungen und Feststellungen zu einem Resümee zu verdichten. Obwohl im Krieg von 1870 der militärische Sieger schon ziemlich bald feststand, erwies es sich lange als unmöglich, den Krieg zu beenden: über Monate hin bestand Unsicherheit, wie, mit wem und wann ein Friedensschluß zustandegebracht werden konnte. Es war keineswegs völlig ausgeschlossen, daß der Krieg zu dem von Moltke befürworteten „Exterminationskrieg“⁵⁴⁾ eskalierte, und daß die Deutschen schließlich gezwungen sein würden, ganz Frankreich zu okkupieren. Wenn sich Ende Januar 1871 dann doch die Möglichkeit eröffnete, den Krieg rasch und in den traditionellen Formen zu Ende zu bringen, so war das eine eher überraschende als eine in dieser Eindeutigkeit voraussehbare Wendung, und vor allem das Tempo, in dem zwischen Ende Januar und Mitte Mai 1871 die „normalen“ Kriegsbeendigungsstufen durchlaufen wurden, war nach den vorausgehenden Wirmnissen alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Daß so der Friede zustandekam, ist sicherlich zu einem guten Teil das persönliche Verdienst Bismarcks, der intensiv auf eine ra-

⁵²⁾ S. o. S. 57 f.

⁵³⁾ Vgl. dazu *Eberhard Kolb*, Der Pariser Commune-Aufstand und die Beendigung des deutsch-französischen Krieges, in: *HZ* 215, 1972, 265–298.

⁵⁴⁾ Kaiser Friedrich III., Das Kriegstagebuch von 1870/71. Hrsg. v. *H. O. Meisner*. Leipzig 1926, 325. Bezeichnenderweise begegnet auch bei Gambetta die Formulierung: „Nous prolongerons la lutte jusqu'à l'extermination“ (*Favre*, Gouvernement (wie Anm. 33), 277).

sche Kriegsbeendigung hinarbeitete und entschlossen war, jede sich bietende Friedenschance zu ergreifen, der in der Auseinandersetzung mit den Militärs energisch den Primat der Politik auch im Krieg verfocht und durchsetzte, der schließlich – soweit die eigene Interessenlage es irgend zuließ – alles tat, um den friedensbereiten französischen Unterhändlern ihre schwierige Arbeit zu erleichtern. Zum Friedensschließen gehören jedoch immer zwei, mindestens zwei. Und daß der Friede zustandekam, ist daher mindestens ebenso sehr das Verdienst derjenigen französischen Politiker, die die unpopuläre und undankbare Aufgabe übernahmen, einen verlorenen Krieg zu liquidieren.⁵⁵⁾

Das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten, einen Weg aus dem Krieg zu finden, ließ sich 1870/71 für den durchschnittlichen Zeitgenossen nicht überblicken. Aber immerhin war auch für diesen sichtbar: Dieser Krieg war anders als die ihm vorausgehenden europäischen Kriege. Deshalb ist es erstaunlich, daß das schwierige, zeitweilig fast unlösbar erscheinende Problem der Kriegsbeendigung in der zeitgenössischen politischen Reflexion so gut wie gar keinen Niederschlag gefunden hat: War der Krieg noch ein probates Mittel des Konfliktaustrags zwischen europäischen Großmächten, wenn ein einmal begonnener Nationalkrieg selbst bei militärisch eindeutigen Ausgang kaum noch zu einem der europäischen Tradition entsprechenden Abschluß gebracht werden konnte?

Einer zumindest, meine ich, hat die Lektion des Krieges von 1870 gelernt, nämlich Bismarck. Zwar ist – soweit mir bekannt – keine Äußerung Bismarcks überliefert, in der klipp und klar artikuliert würde, daß nationale Kriege in Europa schon deshalb um nahezu jeden Preis vermieden werden müßten, weil sie nicht mehr in rational kalkulierbarer Weise beendet werden könnten. Aber Bismarck wußte ganz genau: Deutschland führte den Krieg von 1870 unter optimalen Bedingungen, wie sie so ein zweites Mal wohl kaum anzutreffen sein würden: eine Kriegseröffnung, die Frank-

⁵⁵⁾ Vgl. dazu die treffende Bemerkung von *Carroll*, *Victory and Defeat* (wie Anm. 19), 69 f.: „Thus victory can never in itself secure the ‘fruits of victory’. These depend on the defeated, with whom the victor stands in a symbiotic relationship, whose character is still not well understood. In order to understand it, we need to look less in the direction of the victory and dominance, where the mystique tends to overwhelm the reality, and examine more closely the nature of defeat and submission, which are more complex and multidimensional than is generally recognized.“

reich als eindeutigen Aggressor erscheinen ließ; starker Rückenwind der internationalen öffentlichen Meinung für die deutsche Seite zumindest in der Anfangsphase des Krieges; ein höchst erfolgreicher militärischer Verlauf; Begrenzung des bewaffneten Konflikts auf einen Zweikampf zwischen Frankreich und den deutschen Staaten; Ausschaltung neutraler Einmischung in den Kriegsbeendigungsprozeß. Und trotzdem erwies es sich monatelang als unmöglich, einen Weg zum Frieden zu finden. Wer sich durch die Berge von Akten gearbeitet hat, deren zentrales Thema ab September 1870 die Frage ist, wie man aus dem Krieg herauskommen und zu einem für Deutschland günstigen Frieden gelangen könne, für den ist schwer vorstellbar, daß dieser Aspekt des Kriegserlebnisses von 1870 sich einem Mann mit dem politischen Sensorium Bismarcks nicht tief ins Bewußtsein eingegraben haben sollte: In einem nationalen Krieg zwischen den europäischen Großmächten war es selbst bei militärisch eindeutigem Verlauf nahezu unmöglich geworden, auch den Frieden zu gewinnen. Daher dürfte die Schlußfolgerung berechtigt sein: die von Bismarck in den 70er und 80er Jahren konsequent betriebene europäische Friedenspolitik erwuchs nicht zuletzt gerade aus den Erfahrungen und Einsichten, die Bismarck beim Prozeß der Kriegsbeendigung und des Friedensschließens 1870/71 gewonnen hatte.⁵⁶⁾

⁵⁶⁾ Eine in diese Richtung gehende Annahme habe ich bereits in der in Anm. 20 angeführten Studie (dort 118) geäußert. Durch die bei einer Analyse des Kriegsbeendigungsprozesses sich ergebenden Befunde läßt sich die Annahme m. E. erhärten.